

Zeit Zeichen

NUMMER 2 | JUNI 2022 | Magazin der Kath. Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich | 67. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17 €



Mit
Regionalteil:
Steiermark
und Wien

FOTO: XXX

„Frauensache“ Sorgearbeit? Care-Arbeit gerecht bewerten und verteilen



16



16



4

Solidaritäts-Preis

für KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser
Seite 16

Bruno Kreisky-Preis

für KAB Steiermark-Vorsitzenden
Martin Hochegger **Seite 16**

Auf den Schultern der Frauen.

Was es braucht, um Care-Arbeit fair zu gestalten
und Frauen zu entlasten **Seite 4-5**

Inhalt

- 3 **Kommentar**
ANNA WALL-STRASSER
- 4 **Auf den Schultern der Frauen**
Was es braucht, um Care-Arbeit fair zu gestalten und Frauen zu entlasten
KORINNA SCHUMANN
- 6 **Weiblich und arbeitssuchend**
Zwischen Anspruch und Realität: Erfahrungsbericht einer Beraterin für arbeitssuchende Frauen
LYDIA SEEMAYER
- 8 **Kommentar**
ANDREAS EXNER
- 9 **„Der Personalmangel ist eklatant“**
Vom Ausbrennen einer Elementarpädagogin
ELISABETH OHNEMUS
- 10 **Die „Kindergartenmilliarde“: Fortschritt oder Show?**
Was ändert sich für Elementarpädagog:innen wirklich?
RAPHAELA KELLER
- 12 **Arbeiten dürfen heißt noch nicht arbeiten können**
Zur Situation geflüchteter Frauen aus der Ukraine am österreichischen Arbeitsmarkt
ELISABETH OHNEMUS
- 14 **Kommentar**
KARL IMMERSVOLL
- 15 **Hingehen in die Arbeitswelt**
Ausbildungskurs für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt
KARL IMMERSVOLL
- 16 **Solidaritätspreis der Diözese Linz für Anna Wall-Strasser**
KABÖ-Vorsitzende gewürdigt als „ausgezeichnete Ermutigerin und Ermöglicherin“
GABRIELE KIENESBERGER
Bruno Kreisky-Preis für Martin Hoegger
KAB Steiermark-Vorsitzender ausgezeichnet für „Verdienste um die Menschenrechte“
ANNA WALL-STRASSER
- 17 **Jobchancen für Jugendliche schaffen**
„Hands on“: Mentoring als Chance für junge Menschen auf Arbeitssuche
GABRIELE KIENESBERGER/EVA ROSEWICH
- 18 **Steiermark**
Neues aus der KAB Steiermark
MARTIN HOEGGER
- 20 **Buchtipps**

Editorial

Am 20. Mai dieses Jahres waren in Linz, Wien, Graz, Innsbruck und Salzburg wieder Frauen und Männer auf der Straße, um „Mehr für Care“ zu fordern: mehr Geld und mehr Anerkennung für Sorgearbeit, mehr Gerechtigkeit in der Verteilung bezahlter wie unbezahlter Care-Arbeit zwischen den Geschlechtern. Es war der bereits dritte österreichweite Aktionstag des im Februar 2021 gegründeten Bündnisses „Mehr für Care“, dem zahlreiche Organisationen und Einzelpersonen angehören, darunter die Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich.

Auch in Österreich ist damit eine starke, breit aufgestellte, zivilgesellschaftliche Kraft gewachsen, die sich den Wandel in der Betrachtung von Wirtschaft auf die Fahnen geschrieben hat, konkret: Care als „Herzstück“ der Wirtschaft zu verstehen. Denn: ohne funktionierende Sorgearbeit kommt das Leben in einer Gesellschaft zum Erliegen.

Die Corona-Krise hat das mehr als deutlich gemacht, und sie hat unübersehbar gemacht, dass es Frauen sind, die die überwiegende Last der Sorgearbeit tragen – im professionellen wie privaten Umfeld. Besonders stark betroffen sind Alleinerzieherinnen, zu denen gegenwärtig auch der überwiegende Teil der Flüchtlinge aus der Ukraine zählt: gekommen sind Frauen mit Kindern, die hierzulande Schutz, Orientierung und ein Auskommen suchen.

Welche Rahmenbedingungen finden sie am österreichischen Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft dafür vor? Wo steht die österreichische Politik angesichts der Herausforderung, die „Vereinbarkeit“ von Care- und Erwerbsarbeit zu gewährleisten? Was erleben Frauen, die in der professionellen Care-Arbeit tätig sind, am Arbeitsplatz? Wie kann es gelingen, Frauen und Männer gleichermaßen an der notwendigen Sorgearbeit zu beteiligen?

Die zweite Ausgabe von ZeitZeichen in diesem Jahr widmet sich der uralten Frage der Bewertung von Sorgearbeit und der damit verbundenen Frage der Geschlechtergerechtigkeit. Angesichts multipler Krisen stellen sie sich brennender denn je.

PS: es gibt auch was zum Feiern – den Preisregen über den KAB-Aktivist:innen Anna Wall-Strasser, Martin Hoegger und dem Team der Mentoring-Initiative „Hands on“! Gratulation!

Elisabeth Ohnemus,
Chefredakteurin



www.mehr-fuer-care.at

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Anna Wall-Strasser, Theologin, ehem. Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensch&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich. FOTO: PRIVAT



Kürzlich war ich auf eine Pensionierungsfeier eingeladen. Ein Mann, mit dem ich früher viel zusammengearbeitet hatte, wurde nach mehr als 30 Jahren von seinen Kolleg:innen verabschiedet – eine nicht so häufige, deswegen erwähnenswerte Betriebskultur. Dabei wurde mehrfach sein Einstieg Ende der 80er Jahre erwähnt. Der blieb allen im Gedächtnis, weil er dabei aushandelte, nach dem ersten Arbeitsjahr für 12 Monate in Väternkarenz zu gehen. Das ist seit 1990 in Österreich rechtlich möglich, die damalige Frauenministerin Johanna Dohnal hatte lange dafür gekämpft.

„Gib's nicht, geht gar nicht“, so die damals einhellige Reaktion der Personalabteilung und der neuen Kollegen (vornehmlich Männer). Der Hartnäckigkeit des damals jungen Vaters und dem Wohlwollen seines unmittelbaren Vorgesetzten war es letztlich zu verdanken, dass diese neue und viel diskutierte arbeitsrechtliche Möglichkeit auch umgesetzt wurde. Nachahmer fand er im Betrieb allerdings kaum. Bis heute nicht.

Reproduktionsarbeit ist nach wie vor Frauensache

Männer, die länger als 1 bis 2 Monate in Karenz gehen, sind auch heute noch eine Ausnahme. Nur 1% der Väter nimmt mehr als 6 Monate Elternkarenz in Anspruch. Da ist Teilzeitarbeit für viele Frauen vorprogrammiert, denn selbstverständlich ist es offenbar Sache der Frauen, Kinderbetreuung, Kindererziehung und Erwerbsarbeitsleben zu vereinbaren. Selbstverständlich reduzieren Frauen ihre Arbeitszeit, damit Familie lebbar ist, damit Kinder Freizeit auch zuhause verbringen können und damit Betreuung und/oder Pflege für die Elterngeneration gewährleistet ist. Außerdem schaffen die Frauen die notwendigen Voraussetzungen, damit Lohnarbeit erfolgreich geleistet werden kann, indem sie kochen, putzen, waschen, einkaufen, das Familienleben organisieren, bürokratische Notwendigkeiten erledigen, Sorge für die Gesundheit und das soziale Beziehungsnetz tragen. Kaum enden wollend ist diese Liste der nötigen Tätigkeiten der sogenannten ‚Reproduktionsarbeit‘. Das ist in Österreich Frauensache geblieben, wie alle Studien belegen.

Überlegungen zu „Care“ bei einem workshop der KAB Linz/mensch&arbeit im Frühjahr dieses Jahres.

FOTO: MENSCH&ARBEIT

Unterbewertete Frauenarbeit

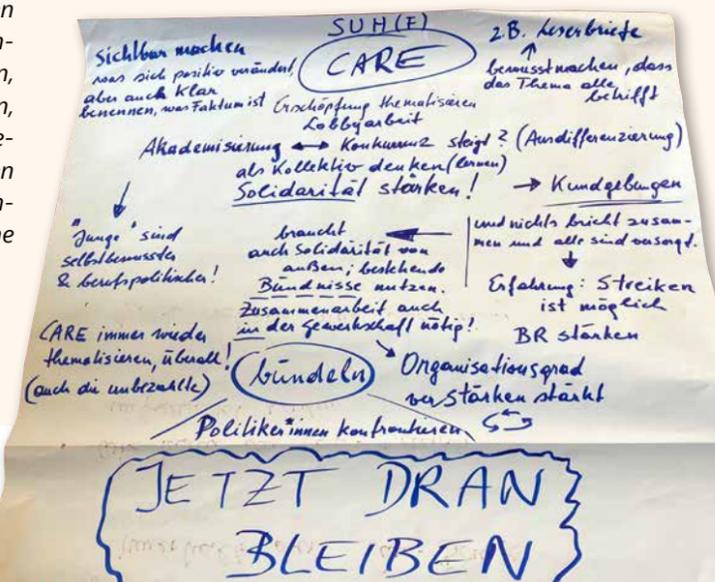
Die Folgeerscheinungen sind bekannt: unbezahlte Frauenarbeit zieht unterbezahlte Frauenarbeit nach sich, wie wir an den Gehältern in Pflege, Reinigung, Handel und Gastronomie sehen können. Auch wenn diese Tätigkeiten häufig als systemrelevant bezeichnet werden, bleiben sie finanziell unterbewertet, sind sie wenig wertgeschätzt und müssen oft zu unsozialen Arbeitszeiten ausgeführt werden. Stress und schlechte Arbeitsbedingungen tun oft ihr Übriges dazu.

Tief sitzende gesellschaftliche Rollenbilder

Wie gesagt: alles bekannt, nix Neues. Wollen wir – Frauen und Männer – das so? Warum ändert sich nichts? Die Kräfte, die genau diese Verhältnisse aufrecht erhalten, sind offensichtlich stärker. Es sind tiefsitzende gesellschaftliche Rollenbilder, und es ist auch eine Frage der Macht. Streik, die gemeinsame und organisierte Arbeitsverweigerung war in der Arbeiter:innengeschichte das Mittel zur Veränderung der Verhältnisse. Wahrscheinlich sollten wir Frauen uns das auch heute ernsthaft zum Vorbild nehmen.

Streik: man(n) würde es merken!

„Drei Tage Streik im Care-Bereich“ wäre ein Vorschlag für nötige Schritte zur Veränderung, meinten die Teilnehmer:innen an einem Studientag zu Verteilungsgerechtigkeit im April in Linz. Die gesamte unbezahlte Reproduktionsarbeit könnte da gleich mitbestreikt werden. Ich bin überzeugt: man(n) würde es merken!



Auf den Schultern der Frauen

Was es braucht, um Care-Arbeit fair zu gestalten und Frauen zu entlasten

Sogenannte Care-Tätigkeiten wie Kinderbetreuung, Hausarbeit und die Pflege von Angehörigen sind gesellschaftlich wichtige Beiträge. Trotzdem sind sie meist unbezahlt und liegen oftmals allein in den Händen von Frauen. Was braucht es, um die Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit fairer zu gestalten und Frauen zu entlasten? Vorschläge und Forderungen dazu von **KORINNA SCHUMANN**, Vizepräsidentin des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und Bundesfrauenvorsitzende des ÖGB.

Frauen sind am Limit. Sie werden im Berufs- und im Privatleben mit unglaublichen Belastungen konfrontiert und gehen psychisch und physisch an ihre Grenzen. Sie tragen die Mehrfachbelastungen des Homeschoolings, des Homeoffice, der Kinderbetreuung, des Haushalts und der Pflege und Betreuung von Angehörigen. Laut einer aktuellen Studie der Wirtschaftsuniversität Wien leisten Frauen ganze 11 Stunden unbezahlte Arbeit pro Woche mehr als Männer. Die Folgen: Neben gesundheitlichen Problemen durch die Doppel- und Mehrfachbelastungen sind Frauen oftmals finanziell von ihrem Partner abhängig und in der Pension armutsgefährdet. Auch Alleinerzieherinnen leiden massiv unter finanziellem Druck, zusätzlich wird für sie der Balanceakt zwischen Familien- und Berufsleben zur täglichen Herausforderung.

Hauptbetroffene der Teuerungswelle

Frauen verdienen im Durchschnitt in Österreich noch immer 18,5 Prozent weniger als Männer. Werden Teilzeit- und nicht ganzjährig Beschäftigte mit eingerechnet, liegt der Einkommensunterschied sogar noch höher. Die explodierenden Kosten in den Bereichen Treibstoff, Energie, Wohnen und Lebensmittel stellen für Frauen daher eine besondere Belastung dar. Viele Frauen arbeiten zudem in niedrig bezahlten Berufen und haben bereits jetzt finanzielle Probleme. Durch die steigenden Energiekosten droht ihnen der Absturz in die Armut. Mit einer Streichung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel, der Erhöhung des Kilometergeldes so-

wie einer Anhebung des Mindestlohns auf 1.700 Euro würden beispielsweise wichtige Maßnahmen gesetzt, um die Teuerungswelle abzufedern.

Entschärfung durch Kinderbildungsplätze

Um Frauen zu entlasten und Familie und Job unter einen Hut bringen zu können, liegt einer der Schlüssel auch in der Kinderbildung. Das Angebot an Kinderbildungsplätzen in Österreich ist aber nach wie vor nicht ausreichend, und so haben gerade Frauen oft keine andere Möglichkeit, als ihre

besserungen, um allen Eltern die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie zu ermöglichen. Neben dem Ausbau der Kinderbildungsplätze braucht es auch eine Erweiterung der Öffnungszeiten, um den Bedürfnissen bei atypischen Arbeitszeiten, wie etwa denen von Arbeiterinnen in der Reinigung, gerecht zu werden.

Armutsfalle Pension

Ein Blick auf die Altersvorsorge zeigt: Frauen bekommen in Österreich rund 40 Prozent weniger Pension als Männer. Auch hier ist einer der Hauptgründe



Korinna Schumann: „Care-Arbeit ist eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe und zentral für die Entwicklung unserer Gesellschaft. Dies muss endlich politisch anerkannt und wertgeschätzt werden.“

FOTO: MARKUS ZAHRADNIK

Arbeitszeit zu reduzieren und in Teilzeit zu arbeiten. Die Lösung wäre ein Ausbau leistbarer Kinderbildungsangebote sowie ein Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Geburtstag. Gemeinsam mit den Gewerkschaften kämpft der ÖGB für Ver-

der hohe Anteil an Teilzeitarbeit. Die Quote bei unselbstständig beschäftigten Frauen liegt in Österreich aktuell bei über 48 Prozent. Ein weiteres Problem ist, dass in bestimmten Branchen gar keine Vollzeit Arbeitsplätze angeboten werden. Frauen sind häu-



Ein Hebel zur besseren Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit: Arbeitszeitverkürzung. Korinna Schumann: „Ein Vergleich mit Modellen aus Island und Neuseeland zeigt: Schon eine geringe Reduktion der Tagesarbeitszeit führt zu einer deutlich besseren Aufteilung von Care-Arbeit bei Paaren.“

FOTO: ELISABETH OHNEMUS

fig in Branchen und Berufen beschäftigt, in denen die Einkommen gering sind. Damit sinkt langfristig auch ihre Pensionshöhe – gleichzeitig steigt die Altersarmut. Damit Frauen auch im Alter sorgenfrei und finanziell unabhängig leben können, müssen die Pensionen der Frauen verbessert werden. Eine gute Möglichkeit dafür ist eine bessere Anrechnung der Kindererziehungszeiten. So sollte eine stufenweise Verlängerung der Anrechnung der Kindererziehungszeiten bis zum 8. Lebensjahr des Kindes erfolgen - statt bisher bis zum 4. Lebensjahr. Dieses neue Modell würde Frauen rund 180 Euro mehr Pension im Monat bringen.

Gerechtere Aufteilung der unbezahlten Tätigkeiten

Die faire Verteilung der Care-Arbeit zwischen Frauen und Männern trägt dazu bei, Frauen von den Mehrfachbelastungen zwischen Job und Familie zu befreien. Da Frauen oftmals weniger verdienen als Männer, liegt die Aufgabe der Kinderbetreuung und -bildung in den ersten Lebensjahren des

Kindes oftmals allein in den Händen der Frauen. Bisherige Ansätze für Eltern zur gerechten Teilung der Betreuungsaufgaben greifen noch zu wenig. Einerseits, weil sie finanziell zu wenig attraktiv sind im Blick auf das entgangene Vätergehalt, und andererseits zu wenig Anreiz bieten für eine Erhöhung der Arbeitszeit von Frauen. Daher besteht weiterhin eine sehr ungleiche Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit.

Das von ÖGB und AK geforderte Familienarbeitszeitmodell bietet eine Lösung zur gerechteren Verteilung der Einkommen. Anders als bei der bisher sehr einseitigen Aufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit würden Familien von dem Modell profitieren. Bei einer Angleichung der Arbeitszeiten beider Elternteile sieht das Modell eine Pauschale von 250 Euro pro Elternteil pro Monat vor. Konkret würde es zur Anwendung kommen, wenn beide Elternteile nach der Karenz ihre Arbeitszeit auf 28 bis 32 Wochenstunden reduzieren bzw. erhöhen. Da-

mit verdienen Mütter besser und Vätern bleibt mehr wertvolle Zeit für ihre Kinder.

Verkürzung der Arbeitszeiten

Ein weiterer Schritt in Richtung mehr Gleichberechtigung stellt die Verkürzung der Arbeitszeit dar. Ein Vergleich mit Modellen aus Island und Neuseeland zeigt: Schon eine geringe Reduktion der Tagesarbeitszeit führt zu einer deutlich besseren Aufteilung von Care-Arbeit bei Paaren. Eine Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich führt außerdem zu weniger Krankenständen und ermöglicht eine bessere Work-Life-Balance.

Care-Arbeit ist eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe und zentral für die Entwicklung unserer Gesellschaft. Dies muss endlich politisch anerkannt und wertgeschätzt werden. Denn nur dann wird es Verbesserungen für die Hauptbetroffenen geben. Und das sind wie so oft die Frauen.

Weiblich und arbeitssuchend

Zwischen Anspruch und Realität: Erfahrungsbericht einer Beraterin für arbeitssuchende Frauen

„In meiner Arbeit als Beraterin für arbeitssuchende Frauen werde ich täglich mit verschiedenen Lebensgeschichten konfrontiert. Die Frauen kommen aus völlig unterschiedlichen Lebensbedingungen, sind unterschiedlich alt, haben unterschiedliche Lebenskonzepte gewählt. In der Regel erleben sie ihre Situation der Arbeitssuche als individuelles Manko – denn die anderen „gehen arbeiten“. Oft sind sie in ihrem gewohnten Umfeld die einzigen „ohne Arbeit“. Sie suchen also Lösungen für ihr persönliches Problem.“ **LYDIA SEEMAYER**, Beraterin für arbeitssuchende Frauen, berichtet aus der Praxis.

Meist konfrontiere ich sie schon im ersten Gespräch mit dem Satz: „Das geht vielen so“ – auf den oft sehr erstaunt reagiert wird. Noch größer ist das Staunen, wenn die Frauen in unseren Workshops auf andere Frauen treffen, die von genau denselben Problemen berichten: alleine im Alltag, orientierungslos in der Arbeitssuche, vollbeschäftigt mit unbezahlter Arbeit wie Kinderbetreuung,

Haushalt oder Pflege der Mutter. Jede einzelne hat ihre Geschichte, und wenn sie sich diese gegenseitig erzählen, ist ein Gefühl der Erleichterung zu spüren: Ja, mir geht's genau so – endlich versteht das mal wer.

„Frauen können gar nicht arbeitslos sein“, sage ich manchmal nach solchen Austauschrunden: „Frauen arbeiten immer, sie bekommen es nur nicht bezahlt“. Und obwohl diese Tatsache

provokant formuliert ist, ernte ich Zustimmung. Die erste Frage, mit der viele Frauen auf Arbeitssuche konfrontiert sind, ist nicht die Frage nach dem richtigen Job, sondern: Wie schaffe ich es, mich von all der unbezahlten Arbeit freizuschaukeln, um Zeit für bezahlte zu haben?

Muss ich das wirklich?

Die Wiedereinsteigerinnen hadern mit dem jahrzehntealten Problem, dass die zur Verfügung stehenden Kinderbetreuungseinrichtungen einerseits überfüllt sind und andererseits zeitliche Rahmenbedingungen haben, die jeden möglichen Dienstgeber zum Lachen bringen. Vor kurzem berichtete mir eine dieser jungen Muttis, sie hätte sich bei einer Tankstelle vorgestellt und dem Chef dort ihre möglichen Arbeitszeiten mitgeteilt – die, entsprechend der Öffnungszeiten der Krabbelstube, zeitlich begrenzt sind. Er schnauzte sie an, dass sie mit solchen Zeiten niemals einen Job finden würde und bot ihr an, jeden Samstag und Sonntag jeweils 10 Stunden zu arbeiten, dann käme sie auch auf ihren Teilzeitjob und der Mann könne am Wochenende auf die Kinder schauen. „Muss ich das wirklich machen?“ fragte sie mich in der Beratungsstunde, „streicht mir das AMS das Arbeitslosengeld, wenn ich da nein sage?“

Grenzen wahren

Aber nicht nur die jungen Muttis sehen sich mit unrealistischen Vorstellungen konfrontiert, sondern auch jene,



Lydia Seemayer: „Ist es aus Gründen der gesundheitlichen Selbstfürsorge sinnvoll, sich gewissen Arbeitsbedingungen nicht mehr auszusetzen, so wird das in der Regel mit Unverständnis und der Aussage „die will ja nicht arbeiten“ bewertet.“ **FOTO: PRIVAT**

die aus gesundheitlichen Gründen auf Neuorientierung sind. Jene, die aufgrund ihres Bandscheibenvorfalles oder ihres Burnouts auf der Suche sind, erleben oft Bewerbungssituationen, in denen sie sich verteidigen müssen. Denn obwohl Gesundheit als das höchste Gut gesehen wird, herrscht die Erwartung, sich den Arbeitsbedingungen des Unternehmens vollends anzupassen. Das bedeutet in der Regel: Schichtarbeit in der Produktion, flexible Arbeitszeiten im Handel, Sonntagsarbeit und Abenddienste in der Gastronomie. Ist es aus Gründen der gesundheitlichen Selbstfürsorge sinnvoll, sich gewissen Arbeitsbedingungen nicht mehr auszusetzen, so wird das in der Regel mit Unverständnis und der Aussage „die will ja nicht arbeiten“ bewertet.

Wie geht es sich aus?

Es kommen auch Frauen in die Beratung, die mit der Pflege bedürftiger Angehöriger beschäftigt sind. Doch oftmals ist das Ausmaß der Pflege noch nicht ausreichend, um tatsächlich in Pflegekarenz gehen zu können. „Pflegende Angehörige“ wird man in der Regel nicht von heute auf morgen – der Pflegebedarf entwickelt sich langsam, aber stetig. Schleichend wird der Frau bewusst, dass sie ihre persönliche Freiheit den Bedürfnissen der anderen Person anpasst. Dass sie täglich feste Zeiten entwickelt hat, wo sie unbedingt

sind, Vollzeit arbeiten würden, dann hätte man einen Teil des Bedarfs gedeckt. „Wir müssen Frauen qualifizieren, zu Facharbeiterinnen machen, für den Arbeitsmarkt attraktiv machen.

Der Druck, der durch Reden solcher Art ausgelöst wird, ist einerseits schmeichelnd und andererseits überfordernd. Es scheitert nicht am Willen der Frauen, sich auf eine Facharbeiter:innenausbildung einzulassen – es scheitert schlicht an den zeitlichen Möglichkeiten. „Und wann soll ich lernen?“, fragt mich Chiara verzweifelt, nachdem wir einen Ausbildungsplan ausgetüftelt haben, der halbwegs hinwaukeln könnte, „wenn ich heimkomme, brauchen mich sofort die Kinder, kochen, Hausübung, dann geht's ab bis am Abend, und wenn die Kinder im Bett sind, bin ich fix und fertig“.

Nein, es braucht ein Gesamtkonzept: Wenn Frauen mehr bezahlte Arbeit übernehmen sollen, dann muss man sich überlegen, wer die unbezahlte Arbeit macht. Die vollzeitbeschäftigten Frauen haben dann keine Zeit mehr dafür. Arbeitsteilung in der Familie – der Mann übernimmt einfach die Hälfte? Und wenn kein Mann vorhanden ist? Was machen die Alleinerziehenden? Nein, das ist kein Familienproblem – es ist ein gesellschaftliches Problem. Der Großteil der unbezahlten Arbeit wird von Frauen gemacht – und das hat Auswirkungen. Auf uns alle. Es ist kein individuelles Problem, sondern eines, das Lösungen auf größerer Ebene braucht.

Die Reden der Zeit

All diese Prozesse brauchen Zeit. Zeit, die in Zeiten des Fachkräfte- und Arbeitskräftemangels nicht da ist. „Die Unternehmen brauchen Fachkräfte, wir müssen ausbilden, ausbilden, ausbilden“, heißt es, und: „Frauen sind wichtig für die Wirtschaft“. Wenn nur alle Frauen, die jetzt teilzeitbeschäftigt

IMPRESSUM

IMPRESSUM Medieninhaber:in (Verleger:in): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6 **Herausgeber:in:** Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at **Geschäftsführung:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **Chefredakteur:in:** Mag.^a Elisabeth Ohnemus **Redaktionsteam:** Martin Hoegger, Mag.^a Gabriele Kienesberger, Mag.^a Anna Wall-Strasser **Verwaltung/Anzeigen:** Mag.^a Gabriele Kienesberger **Layout:** Karin Weiß, weisskarin@gmx.at **Lektorat:** Mag.^a Wilhelmine Deschberger, Dr.ⁱⁿ Sonja Meißl **Hersteller:in und Expedit:** Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg **Bankverbindung:** Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659



Lydia Seemayer: „Wenn Frauen mehr bezahlte Arbeit übernehmen sollen, dann muss man sich überlegen, wer die unbezahlte Arbeit macht. Die vollzeitbeschäftigten Frauen haben dann keine Zeit mehr dafür. Arbeitsteilung in der Familie – der Mann übernimmt einfach die Hälfte? Und wenn kein Mann vorhanden ist? Was machen die Alleinerziehenden?“ **FOTO: ISTOCK**

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Andreas Exner hat Ökologie und Politikwissenschaften studiert und ist derzeit operativer Leiter des Regional Centre of Expertise (RCE) Graz-Styria, Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation der Universität Graz.

FOTO: PRIVAT

„Mehr für Care“

„Mehr für Care“*, so lautet eine politische Forderung unserer Tage. Das englische „Care“ bedeutet so viel wie „Pflege“. Aber auch das Wort „Sorge“ ist darin enthalten. Pflegedienstleistungen werden sehr schlecht entlohnt. Und auch die Arbeitsbedingungen sind in diesem Sektor schlecht. Zudem wird Pflegearbeit meist auf Frauen ausgelagert: entweder in der eigenen Familie, oder indem die Dienstleistung zugekauft wird. Kürzlich hat die österreichische Bundesregierung eine Reform des Pflegesektors vorgelegt. Doch ignoriert der Entwurf den entscheidenden Bereich der 24h-Pflege. Dort arbeiten vor allem Migrantinnen aus armen EU-Ländern. Zur geschlechtlichen Diskriminierung kommt also noch eine rassistische Komponente hinzu: Frauen aus armen Ländern, die gesellschaftlich gesehen im Doppelsinn „weniger Wert“ sind, erledigen gerade diejenigen Arbeiten, die als „geringwertig“ gelten. Denn alte oder chronisch kranke Menschen sind selbst „wertlos“, wenn Wirtschaft vom kapitalistischen Standpunkt aus betrachtet wird.

Rassistische Struktur des Pflegesektors

Die Ausbeutung von Pflegerinnen in der 24h-Betreuung wird noch dadurch verstärkt, dass sie von Gesetz wegen als „Unternehmerinnen“ behandelt werden. Deshalb sind sie beispielsweise auch Mitglieder der Wirtschaftskammer. Doch setzt sich ihre Diskriminierung in den Strukturen der Interessensvertretung fort. Denn in der Wirtschaftskammer haben vor allem Agenturen Einfluss, die die Pflegerinnen immer wieder ausnutzen. Auch auf Seiten der Vertretungen der Arbeitnehmerinnen und in der Sozialpolitik bleibt die Unterstützung für die Rechte der 24h-Betreuerinnen, vor allem wenn sie aus dem Ausland kommen, eher verhalten. Der mangelhafte Rückhalt für die Rechte und Interessen insbesondere dieser Gruppe von Pflegerinnen bei den „Sozialpartnern“ setzt die rassistische Struktur des Pflegesektors fort. Dieser Struktur zufolge sind Menschen aus dem Ausland gewissermaßen gut genug, um Menschen, die in Österreich geboren worden sind, zu helfen, wenn es ihnen schlecht geht. Aber wenn sie selbst Probleme haben, wenn sie auf Sprachbarrieren stoßen, ausgenutzt werden oder

keine Sozialleistungen erhalten, stoßen sie oft auf taube Ohren. Daher überrascht es nicht, dass weder die WKO noch der ÖGB oder die AK die Interessen der 24h-Pflegerinnen offensiv und kohärent vertreten. Das tut vielmehr eine beherzt agierende NGO, die IG24. Doch arbeitet sie mit äußerst magerem Budget und einer Menge Ehrenamt. Sogar die Interessensvertretung von „Care“ beruht also auf Selbstaubeutung.

Die Diskriminierung trifft jede Sorgearbeit

Doch steckt im „Mehr für Care“ noch eine breitere Botschaft: Nicht allein Pflegedienstleistungen werden diskriminiert und an den Rand der sozialen Hierarchie gedrängt. Darüberhinaus werden fast alle Arbeiten, die mit „Sorge“ in der zweiten Bedeutung des Wortes „Care“ zu tun haben, vernachlässigt, schlecht bezahlt und diskriminiert. Dazu gehören an wesentlicher Stelle alle Haushaltstätigkeiten, bei der Kindererziehung und beim Putzen angefangen bis hin zu Kochen und Beziehungsarbeit. Aspekte der Sorge werden aber nicht nur systematisch marginalisiert oder unterdrückt, indem sie an die Arbeit von Frauen in Privathaushalten ausgelagert werden.

„Mehr für Care“: Ein Perspektivenwechsel

Sorgearbeiten werden auch aus anderen wirtschaftlichen Bereichen hinausgedrängt. Das gilt zum Beispiel für die Sorge um unsere natürlichen Lebensbedingungen. Denn ein sorgender Umgang mit Natur widerspricht einem Wirtschaftsmodell, das auf der Extraktion von Ressourcen beruht. „Mehr für Care“ verweist daher auf eine Perspektive jenseits einer kapitalistisch, sexistisch, rassistisch und umweltfeindlich strukturierten Wirtschaft. Die Beiträge in diesem Heft beleuchten, wie eine solche Perspektive aussehen und wo sie ansetzen könnte.

*Anmerkung der Redaktion: unter dem Motto „Mehr für Care“ engagiert sich seit Februar 2021 ein Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen in Österreich für Investitionen in den Care-Sektor sowie die Aufwertung und geschlechtergerechte Verteilung von Sorge-Arbeit, siehe auch www.mehr-fuer-care.at



„Der Personalmangel ist eklatant“

Vom Ausbrennen einer Elementarpädagogin

Vor rund einem Jahr war es soweit: Andrea K. konnte nicht mehr. Sie schlief nur noch zwei bis drei Stunden in der Nacht, dann folgten ein Hörsturz und Tinnitus, der Arzt diagnostizierte ein ausgeprägtes Erschöpfungssyndrom. Die Elementarpädagogin, stellvertretende Leiterin eines großen Kindergartens in Oberösterreich, 22 Jahre im Job, Betriebsrätin und selbst Mutter zweier Kinder (mittlerweile 3 und 5 Jahre alt), war krank. Bis heute ist sie im Krankenstand, bewegt sich zwischen Coaching, Psychotherapie und psychiatrischer Betreuung und weiß, dass sie nicht mehr in den geliebten, alten Beruf zurückkehren wird. Die soeben von der Regierung vorgestellte „Kindergartenmilliarde“ - tatsächlich eine Erhöhung der Zuwendungen des Bundes an die Länder von bisher 142 Millionen Euro pro Jahr auf 200 Millionen für die nächsten fünf Jahre - kommt spät, und: sie ändert an den Bedingungen, die Andrea K. in ihrem Beruf erschöpft haben, kaum etwas (s. Artikel S. 10 – 11). Ein Portrait von ELISABETH OHNEMUS.

Überfordernd war vor allem die viel zu hohe Zahl der Kinder, für die Andrea K. als gruppenführende Elementarpädagogin zuständig war: „Ich war für die Bildungs- und Betreuungsarbeit von 25 Kindern zwischen drei und sechs Jahren verantwortlich, und das mit jeweils nur einer Hilfskraft, sofern eine zur Verfügung stand“. Zuletzt, so Frau K., hätten die – nur gering ausgebildeten und daher für die Arbeitgeber:innen „günstigen“ – Hilfskräfte jährlich gewechselt: „Dazu kommt, dass jede Hilfskraft erst einmal eingearbeitet werden muss, und meist nicht länger als 3 Stunden täglich in einer Gruppe zur Verfügung steht“.

„Auf Dauer war das nicht zu machen“

Keine ausreichende Unterstützung und schon gar kein Ersatz für ausgebildete Elementarpädagog:innen, an denen es mehr und mehr fehlt: „Der Personalmangel ist eklatant“, so Andrea K., wobei sich größere Häuser, wie das, in dem sie gearbeitet habe, noch eher zu behelfen wüssten als kleine, die wenig Flexibilität im Einsatz der vorhandenen Personalressourcen hätten. Viele Elementarpädagog:innen gingen nach ihrer Ausbildung erst gar nicht in den Beruf, andere, wie sie, würden wieder aussteigen – die meisten schon nach wenigen Jahren. Andrea K. hat lange an ihrer Aufgabe festgehalten: „Aber auf die Dauer war das nicht zu



Vom Kindergarten der Zukunft hat Andrea K. eine klare Vorstellung: „15 Kinder, zwei ausgebildete Pädagog:innen und eine Hilfskraft pro Gruppe, mehr Männer im Beruf, höhere Gehälter, sinnvolle Teilzeitangebote“. FOTO: PIXABAY

machen – auch weil die Anforderungen, vor allem im administrativen Bereich, massiv gestiegen sind und noch steigen, ohne dass entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.“

Zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Hinter ihre in 22 Jahren entwickelten Qualitätsstandards wollte Frau K. nicht zurück: „Die standardisierte Entwicklungsbeobachtung macht nur Sinn, wenn ich das jedes Jahr für jedes Kind mache und nicht nur einmal während der ganzen Kindergartenzeit“, so Andrea K., dazu kämen Sprachförderung, ein erschreckender Anstieg der Zahl an Kindern, die nach dem drit-

ten Lebensjahr noch gewickelt werden müssten, und eine mehr und mehr fordernde Elternarbeit: „Wir haben es mit gestiegenen Erwartungen aufseiten der Eltern zu tun, und wöchentliche Elterngespräche gehören vor- und nachbereit“. Enormen Druck hätten die „Tür- und Angel-Gespräche“ zu Beginn und am Ende des Tages gemacht, bei denen sie meist allein in der Gruppe gewesen sei. Und die Position als stellvertretende Leiterin des Kindergartens habe ein besonderes Verantwortungsbewusstsein erfordert: „Oft hab ich Hilfskräfte an jüngere Mitarbeiterinnen ‚abgetreten‘.“

„Wenn alle jeden Freitag auf die Straße gingen...“

Supervision habe es nicht gegeben, die betriebsrätliche Arbeit sei schwierig gewesen, u.a., weil Träger:in und Dienstgeber:in häufig unterschiedlich seien und man mit Anliegen und Forderungen „im Kreis geschickt“ werde. Vom Kindergarten der Zukunft hat Andrea K. eine klare Vorstellung: „15 Kinder, zwei ausgebildete Pädagog:innen und eine Hilfskraft pro Gruppe, mehr Männer im Beruf, höhere Gehälter, sinnvolle Teilzeitangebote“. Und auch der Weg dahin ist klar: „Wenn alle jeden Freitag auf die Straße gingen, ließe sich schnell etwas nachhaltig ändern“.

Für Andrea K. zu spät: sie startet eine Ausbildung in einem anderen Beruf.

Die „Kindergartenmilliarde“: Fortschritt oder Show?

Was ändert sich für Elementarpädagog:innen wirklich?

Bundesweit werden die aktuellen Verhandlungsergebnisse bezüglich 15a-Vereinbarungen für den Elementaren Bildungsbereich diskutiert. Gibt es endlich einen Fortschritt bei der Aufwertung der Bildungsarbeit in Krippe und Kindergarten oder bleibt alles so wie bisher? Anmerkungen von **RAPHAELA KELLER**, Elementarpädagogin und Bildungsaktivistin seit 1988 (u.a. Österreichischer Berufsverband der Kindergarten- und Hortpädagog:innen, „Mehr für Care“, „Bildung ist Zukunft“, Bildungsvolksbegehren).

Die pädagogische Arbeit in den österreichischen Krippen/Kleinkindgruppen/Krabbelstuben/Kindergärten und Horten, also den Elementaren Bildungseinrichtungen, ist eine, die gleichzeitig erfüllend und fordernd ist, aber immer öfter zum Aufgeben und/oder Ausbrennen führt. Kinder bekommen in diesen Einrichtungen ihre ersten außerfamiliären Impulse auf ihrem persönlichen Bildungsweg, können sich Kompetenzen in Lebens-Bildungsbereichen aneignen. Die ersten Bildungsschritte werden hier gemacht, nachfolgende Bildungseinrichtungen könn(t)en davon profitieren, und so wäre der Weg zu einer gebildeten Gesellschaft frei.

Was ist eine gebildete Gesellschaft?

Sicher ist eine Bildungsgesellschaft nicht „nur“ eine von Akademiker:innen getragene. Es braucht Diversität, basierend auf den Talenten der Menschen. Aus diesem Grund wird in der Elementar-

pädagogik von LEBENS-BILDUNG gesprochen. Kinder erhalten die Möglichkeit, sich und ihre Begabungen sowie Emotionen kennenzulernen, sie werden ermutigt, ihren individuellen Bildungsweg zu gehen, um ein wichtiges, kompetentes, soziales und teilnehmendes Mitglied der Gesellschaft werden zu können.

Zu den Rahmenbedingungen für die elementare Bildungsarbeit

Sie erfordern seit Jahrzehnten massive Investitionen: es mangelt an Pädagog:innen, an Platz im Gruppenraum, die Anzahl der Kinder pro Pädagog:in ist zu hoch, die Öffnungszeiten entsprechen nicht dem Bedarf der berufstätigen Eltern, den Pädagog:innen fehlt es an Planungs- und Reflexionszeiten. Die Regierenden in Bund und Ländern wurden immer wieder darauf aufmerksam gemacht. Es gab Demos, Gespräche, Emailaktionen, Medienunterstützung und vieles mehr.

Doch wer von den Entscheidungstragenden in Österreich fühlt sich verantwortlich?

Bis jetzt eindeutig keiner. Die Zuständigkeiten sind in unserem Land hindernd: das Bildungsministerium ist für die Ausbildung der Pädagog:innen zuständig, die Länderregierungen machen die Gesetze zum Betrieb der Erwachsenenbildung und deren Umsetzung.

Seit ich mich für Reformen im Elementaren Bildungsbereich einsetze – und das tue ich seit 1988 –, erlebe ich dieselbe „Taktik“: der Bund schiebt die Verantwortung in Richtung Länder sowie Gemeinden und diese schieben sie zurück an den Bund. Alle „wollen ja so gerne verbessern“, doch: es gibt zu wenig Geld vom Bund, die Länder sind nicht zu überzeugen. Stillstand seit vielen Jahren! Initiativen zu einem Bundes-Rahmengesetz für die Qualitätssicherung in den Elementaren Bildungseinrichtungen durch die Platt-

form EduCare (Anm. der Red.: EduCare ist ein überparteilicher österreichweiter Verein, der sich aus einem Netzwerk von Vertreter:innen elementarer Bildung zusammensetzt) und andere werden seither abgeschmettert. Zumindest gibt es seit 2006 einen Bundes-Bildungs-Rahmenplan – der an sich ein Highlight ist, wenn er doch verpflichtend wäre...

Theorie und Praxis passen nicht zusammen

Der Traumberuf Elementarpädagog:in kann ab einem Alter von 14 Jahren in einer Bildungsanstalt für Elementarpädagogik (BAfEP) oder nach der Matura in einem Kolleg erlernt werden. Während ihrer fünfjährigen Ausbildung erleben Schüler:innen/Studierende, dass das Gelernte kaum mit der Realität kompatibel ist. Daher kommen nur wenige nach der BAfEP in das Berufsfeld bzw. bleiben nur kurz. Und die, die „das Werk“ am Laufen halten, geben auch immer öfter auf. Pädagog:innen sind psychisch und physisch erschöpft, sie können dem pädagogischen Auftrag und der immer mehr werdenden administrativen Arbeit nicht mehr gerecht werden. Sie erleben, dass sie nicht mehr jedem Kind individuell begegnen können und so wichtige Beobachtungs-, Planungs- und Reflexionsarbeit faktisch nur mehr neben der Dienstzeit erledigt werden kann. Von Elternarbeit, Weiterbildung, Regeneration, Teamgesprächen usw. gar nicht zu reden...

Die „Kindergartenmilliarde“, die aus zu wenigen Millionen besteht

Schon heftig: die kürzlich von der Regierung präsentierte „Kindergartenmilliarde“ gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren. Es gibt de facto also pro Jahr 200 Millionen für alle Elementaren Bildungseinrichtungen in Österreich (Anm. d. Red.: zuletzt waren es 142 Millionen), die die Länder zwar für Bestimmtes und auch „Individuelles“ ab-

holen können, doch nicht müssen. Das ist das Besondere an diesen Bund-Länder-Vereinbarungen: wenn Länder die Millionen nicht abholen – weil sie ja selbst noch ordentlich dazu zahlen müssen –, gibt es keinerlei Verbesserungen. Beim „Verkauf“ des Verhandlungserfolges wurde nicht berücksichtigt, dass ja in den letzten Jahren die Inflation gestiegen ist, daher 200 Millionen schon dadurch weniger wert sind.

Kann mit der „Kindergartenmilliarde“ dem Pädagog:innenmangel entgegengewirkt werden?

Aus meiner Sicht: ganz klar ‚nein‘, denn die damit verbundenen Maßnahmen – etwa mehr Sprachförderung, erweiterte Öffnungszeiten... - entlasten die Pädagog:innen und Assistent:innen nicht wesentlich in ihrer Arbeit. Erleichtert wäre der Bildungsalltag vor allem dann, wenn ein:e Pädagog:in weniger Kinder zu betreuen hätte, pädagogische Assistent:innen in der Gruppe tatsächlich – wie vorgesehen – als Unterstützung für die Gruppenleitung, als ausgebildete „Zweite“ in der Gruppe da sein könnten. Derzeit müssen Assistent:innen häufig – stundenweise oder auch länger - selbst Gruppen führen, haben dazu hauswirtschaftliche Aufgaben und auch eine schlechte Bezahlung. Pädagog:innen können sich nicht auf ihren Dienstplan verlassen, haben zu wenig Zeit für die einzelnen Kinder.

Was es braucht

Zunächst: es muss einen nachhaltigen, verpflichtenden und klaren Etappenplan für den Aufbau zeitgemäßer Strukturen geben, der bundesweit gilt und unabhängig von zusätzlichen Geldern ist. Jährlich braucht es mindestens 500 Millionen für den Elementaren Bildungsbereich, denn es muss extrem viel reformiert werden, insbesondere im Personalbereich. Seit zig Jahren gehören z.B. administrative Kräfte nicht „nur“ in Schulen, sondern ebenso in



Raphaela Keller: „Kann mit der ‚Kindergartenmilliarde‘ dem Pädagog:innenmangel entgegengewirkt werden? Aus meiner Sicht: ganz klar ‚nein‘, denn die damit verbundenen Maßnahmen – etwa mehr Sprachförderung, erweiterte Öffnungszeiten... - entlasten die Pädagog:innen und Assistent:innen nicht wesentlich in ihrer Arbeit.“ FOTO: PRIVAT

Krippen und Kindergärten eingesetzt. Pädagog:innen und Assistent:innen sollen wieder voll für die da sein können, um die es wirklich geht: die Kinder, die ihre Bildungschancen verdient haben. Die Forderungen der Arbeitenden im Elementaren Bildungsbereich sowie die des (Anm. d. Red.: von der KABÖ unterstützten) Bündnisses „Mehr für Care“, das im Mai einen „offenen Brief“ zur Elementarpädagogik an die Regierung gerichtet hat (www.mehr-fuer-care.at/offener-brief-elementarpaedagogik/), sind mit dem fast läppischen Betrag von 200 Millionen Euro jährlich nicht erfüllbar.

Mehr für Care!

Die Arbeit in den Elementaren Bildungseinrichtungen gehört zu den Care-Tätigkeiten, so wie die Arbeit, die in den Bereichen Pflege, Betreuung, Gesundheit und Umwelt verrichtet wird. Das Bündnis „Mehr für Care“ setzt sich dafür ein, dass in diese Bereiche investiert wird und Care als „Herzstück“ der Wirtschaft anerkannt wird. Immer mehr Frauen (und auch Männer) verschiedener Gesellschaftsbereiche erkennen, dass es sinnvoll ist, sich aktiv für die Sichtbarmachung von Care-Arbeiter:innen, deren Berufsfeldern und ein gutes Leben für alle einzusetzen.



Raphaela Keller: „Es muss einen nachhaltigen, verpflichtenden und klaren Etappenplan für den Aufbau zeitgemäßer Strukturen geben, der bundesweit gilt und unabhängig von zusätzlichen Geldern ist.“ FOTO: ISTOCK

Arbeiten dürfen heißt noch nicht arbeiten können

Zur Situation geflüchteter Frauen aus der Ukraine am österreichischen Arbeitsmarkt

Der weitaus größte Teil der Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine geflüchtet sind, sind Frauen und Kinder. Österreich hat, wie andere Länder auch, rasch und unbürokratisch Vertriebene aufgenommen, rund 75.000 waren das Anfang Juni. Dass der Krieg allerdings keine vorübergehende Erscheinung ist und sein wird, hat sich schon nach den ersten Wochen abgezeichnet. Wie in allen Aufnahmeländern stellt sich auch in Österreich die Frage, wie angesichts der Entwicklungen in der Ukraine eine gelingende Integration der Geflüchteten, insbesondere auch am Arbeitsmarkt, aussehen kann.

ELISABETH OHNEMUS hat mit geflüchteten Frauen, Arbeitsmarkt- und Integrationsexpert:innen gesprochen.

Natalia gräbt mit zitternden Fingern in ihrer Hosentasche und zieht schließlich eine Visitenkarte hervor: der Name einer österreichischen Schauspielerin steht darauf, jener Frau, die sie und ihre Schwester am 13. März an der ukrainisch-polnischen Grenze aufgelesen und in einem Auto nach Österreich gebracht hat. Natalia (39) und ihre Schwester Iryna (41) hatten sich zur Grenze aufgemacht, nachdem es bei ihrem Heimatort nahe Lviv/Lemberg zu Kampfhandlungen gekommen war: „In der Nähe war ein Waffenlager, wir hatten große Angst und sind weg“. In der Wiener Pfarre, in der die beiden untergekommen sind, sitzt an diesem Abend Ende April noch eine dritte junge Frau, Iryna (36), am Tisch. Sie ist mit ihren elfjährigen Zwillingen am 16. März mit dem Zug geflüchtet, aus Krywyj Rih, einer Großstadt in der südlichen Ukraine, aus der auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj stammt.

„Als hätte man auf eine Pause-Taste gedrückt“

Der Schrecken steht den Frauen noch immer ins Gesicht geschrieben, die 36-jährige Iryna lässt Augen und Hände nicht von ihrem Mobiltelefon: „Mein Mann ist an der Front, ich bin seelisch und im Kopf immer bei ihm“. Sie selbst und die Kinder seien jetzt in Sicherheit, so die drei Frauen, und von Herzen dankbar für die Zuwendung und Unterstützung, die sie von den Mitar-

beiter:innen im Pfarrzentrum erfahren. Das Leben aber stehe still: „Als hätte man auf eine Pause-Taste gedrückt“, so Iryna, „und es ist nicht klar, wann es mit ‚play‘ weitergeht“. „Gäste“ seien sie hier, in Österreich, mit nichts als dem Wunsch, wieder nach Hause zurückkehren zu können. Vielleicht schon im Sommer?

Die „blaue Karte“ wird von Frauen relativ wenig genutzt

Ende April 2022 haben laut Daten des AMS Österreich 1850 ukrainische Geflüchtete Beschäftigungsbewilligungen erhalten, 1461 sind an Frauen ausgestellt worden, 389 an Männer. Die Registrierung erfolgt rasch, und mit der „Richtlinie für den vorübergehenden Schutz für Vertriebene“ haben ukrainische Vertriebene eine rechtliche Sonderstellung erhalten, die ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt über die Beantragung der sogenannten „blauen Karte“ unverzüglich ermöglicht. Allein: der Großteil der Geflüchteten, insbesondere Frauen, hat nicht die Perspektive, zu bleiben. „Die blaue Karte wird von Frauen relativ wenig genutzt“, berichtet Katharina Renner, im Rahmen der PfarrCaritas der Erzdiözese Wien zuständig für die Betreuung von Pfarren und Privatpersonen, die ukrainische Geflüchtete aufgenommen haben: „Die Frauen wollen keine langfristigen Jobs oder eine Ausbildung, zum Beispiel in der Pflege“.

Alte Strukturen über neues Narrativ gestülpt

Judith Kohlenberger, Migrationsforscherin an der Universität Wien, bestätigt: „Ein ‚rapid response reportsurvey‘, den wir den wir auf Basis von Interviews an der Registrierungsstelle im Wiener Austria Center durchgeführt haben, zeigt, dass nur wenige Geflüchtete davon ausgehen, zu bleiben“. Wunsch und Realität drifteten jedoch massiv auseinander, weltweit zeige sich, dass es im Falle von Vertreibung und Flucht im Schnitt 10 Jahre dauere, bis Menschen wieder in ihre Heimat zurückkehren könnten. Kohlenberger fehlt eine öffentliche Debatte dazu: „Man legt die Strukturen von 2015 einfach auf die Situation jetzt um, hat es aber mit unterschiedlichen Narrativen zu tun: 2015 sind überwiegend junge Männer gekommen, jetzt sind es Frauen mit Kindern.“ Österreichische Alleinerzieherinnen hätten es als am stärksten von Armut betroffene Gruppe schon schwer in der Gesellschaft wie am Arbeitsmarkt, geflüchtete Alleinerzieherinnen noch viel schwerer: „Es wäre falsch, anzunehmen, dass alleinerziehende ukrainische Frauen jetzt etwa sofort in die Pflege einsteigen würden“. Vielmehr gäbe es Pflegebedarf für ankommende ukrainische Senior:innen.

„Soziale Integration“ vor Integration in den Arbeitsmarkt

Und: „Arbeiten dürfen heißt noch nicht arbeiten können“, sagt Kohlenberger



Migrationsforscherin Judith Kohlenberger: „Man legt die Strukturen von 2015 einfach auf die Situation jetzt um, hat es aber mit unterschiedlichen Narrativen zu tun: 2015 sind überwiegend junge Männer gekommen, jetzt sind es Frauen mit Kindern.“ FOTO: ISTOCK

und verweist etwa auf anhaltenden Stress, Traumata, fehlende Deutschkenntnisse der Geflüchteten. „Der größte Wunsch der Frauen ist es, ihre Kinder gut versorgt zu wissen in Schule und Kinderbetreuungseinrichtungen“, berichtet PfarrCaritas-Mitarbeiterin Katharina Renner. Auch für Iryna gilt das: „An erster Stelle steht, dass sich meine Kinder wohl fühlen, Deutsch lernen und Anschluss finden“. Noch vor der Integration am Arbeitsmarkt müsse es um eine „soziale Integration“ gehen, so Kohlenberger, und da fehlten nach der Registrierung einfach flächendeckende Angebote. Psychosoziale Betreuungsangebote für Mütter und Kinder fordert man seitens des ÖGB und einmal mehr „ausreichend Kinderbetreuungsplätze“, so Alexander Prischl, Leiter des Referats Arbeitsmarkt und Bildungspolitik im ÖGB. Außerdem: „Die Organisation von Deutschkursen gehört vom Integrationsfonds, zu dem sie gewandert ist, wieder zurück zum AMS, um

das one-desk-Prinzip zu gewährleisten, das es den Geflüchteten einfach leichter macht, sich im bürokratischen Apparat zurechtzufinden.“

Zuverdienstgrenze anheben oder Statusänderung

Die größte Hürde, einen Job aufzunehmen, besteht darin, dass die Betroffenen damit aus der Grundversorgung fallen und etwa für eine Wohnung selbst aufkommen müssen – bei den Wohnungspreisen in Wien und an vielen anderen Orten in Österreich ein Ding schierer Unmöglichkeit. Prischl: „Wir fordern daher, dass im Falle einer Arbeitsaufnahme der Anspruch auf eine günstige Wohnmöglichkeit Übergangshalber noch bestehen bleibt“. In die gleiche Richtung zielt die vielerorts vorgebrachte Forderung nach einer deutlichen Erhöhung der Zuverdienstgrenze für Grundsicherungsbezieher:innen (derzeit liegt sie bei 110 Euro monatlich) – oder die Gleich-

stellung ukrainischer Geflüchteter mit Asylberechtigten mit Zugang zur Mindestsicherung.

Was kommt nach dem „temporären Schutz“?

Dass im Fall ukrainischer Geflüchteter keine Asylverfahren anstehen, Integration nach erfolgter Registrierung letztlich manchmal sogar schwieriger, so Migrationsforscherin Kohlenberger: „Es gibt keine großen Notunterkünfte und damit auch nicht die dazu gehörige strukturierte Betreuung.“ Nach der Registrierung und Überantwortung an häufig private Unterkunftgeber:innen breche viel Unterstützung für die Geflüchteten weg. Ein weiteres Problem: die anlässlich des Ukraine-Krieges erlassene Sonder-Richtlinie für den Schutz von Vertriebenen regelt deren Status lediglich bis März 2023: „Wie sollen Betriebe, die Lehrlinge aufnehmen wollen, damit umgehen, dass möglicherweise das Aufenthaltsrecht dieser Lehrlinge mit März nächsten Jahres endet?“ so Alexander Prischl vom ÖGB. Auch auf EU-Ebene gelte es zu entscheiden, erklärt Judith Kohlenberger: „Was ist der Integrationsplan für die Gruppe der Geflüchteten aus der Ukraine? Der temporäre Schutz ist gut, aber eben nicht dauerhaft.“

Natalia und ihre Schwester Iryna – beide ohne Partner und Kinder – haben bereits eine blaue Karte erhalten und denken daran, eine Arbeit in der Produktion zu suchen – da braucht es hoffentlich nicht allzuviel Deutsch, und zu Hause haben sie zuletzt auch in einer Fabrik ihr Geld verdient. Iryna, die Mutter der Zwillinge zögert noch: vielleicht gelingt es, bald zurückzukehren, außerdem hat sie zuletzt als Journalistin gearbeitet und würde das auch weiter tun wollen. Aber das Geld wird knapp. „Unser Leben ist weg“, sagt sie, „wir können nicht planen – und müssen doch weitertun. Wir müssen leben – für die, die daheim geblieben sind, und die, die gestorben sind.“

KOMMENTAR

ZUR PERSON

Karl Immervoll ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und unterrichtete an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitet den Lehrgang HINGEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der KABÖ.

FOTO: ERHARD HOIS



Sylvia

... springt mitten in der Diskussion auf, stellt sich in die Mitte und sagt: „Ja, ich habe 6 Kinder und ich bin stolz auf sie!“ Sie nimmt an einer AMS Maßnahme teil. Ein halbes Jahr hat sie dafür gebraucht sich in der Gruppe so zu zeigen. Bis dahin gab sie nur karge Antworten auf Fragen oder schwieg überhaupt.

Sylvia ist zugezogen. Sie war auf der Suche nach einer Wohnung, die halbwegs groß ist und günstig genug um sie sich leisten zu können, denn sie lebt von der Notstandshilfe. Arbeitsplatz hat sie keinen, sie ist alleinerziehend. Ein paar Euro verdient sie am Wochenende in einer Bar als Kellnerin – natürlich nicht angemeldet. Das alte Haus, in dem sie in Miete wohnt, ist ein wenig außerhalb des Ortes, die jüngeren Kinder gehen zur Schule, eine Tochter hat eine Lehrstelle, der Sohn - der Älteste - ist beim Bundesheer.

Alltag einer Alleinerzieherin mit sechs Kindern

Nun aber war das Eis gebrochen: Sie steht in der Mitte des Raumes, erzählt vom Vater ihrer Kinder, den sie zu jung geheiratet hatte, weil sie mit 16 schwanger war. Nun aber hat sie sich von ihm befreit und ist 100 Kilometer weitergezogen, er ist Alkoholiker und gewalttätig. Von ihrer Familie bekam sie nie Unterstützung. Sie berichtet von den Kindern, von der Schule, vom Lernen und davon, dass es schwer ist, Schulveranstaltungen zu finanzieren. Sie will es ihren Töchtern ermöglichen, aber auch nicht ständig Betteln gehen. Ihr Sohn hat eben seine Lehre als Installateur abgeschlossen und ist ausgezogen. Mit dem Zuverdienst von der Bar kommt sie einigermaßen über die Runden.

Einen Arbeitsplatz kann sie sich nicht leisten

Sylvia ist wichtig, dass ihre Kinder gute Kleidung haben und in der Schule nicht durch irgendwelchen Mangel Benachteiligung erfahren. Sie kocht aus Leidenschaft und schneidert einen Teil der Kleidung selbst. Einen Arbeitsplatz kann sie sich

nicht leisten, denn wegen der Unvereinbarkeit von Arbeitszeiten und Kindern, wäre höchstens ein Teilzeitarbeitsverhältnis möglich, und das bedeutete ganz klar weniger Geld! Am Abend erledigt sie oft noch Hausarbeiten. So kommt sie spät ins Bett, schläft nicht gleich ein, und dann ist der Morgen mühsam. Aber die Kinder müssen rechtzeitig zur Schule!

Fragile Erwerbsgesellschaft

Im Raum ist tiefes Schweigen. Wie vielen Frauen geht es ähnlich? Hat nicht gerade die Corona-Krise überdeutlich aufgezeigt, wie fragil unsere Erwerbsgesellschaft gerade für Frauen ist: Homeschooling, Kinderbetreuung, Homeoffice oder gar sich arbeitslos zu melden, um all diese Zumutungen stemmen zu können!

Gerechte Entlohnung für jegliche geleistete Arbeit

Wir kennen die Geschichte von den Arbeiter:innen im Weinberg, in der ein Gutsbesitzer am frühen Morgen, in der dritten, sechsten, neunten und elften Stunde hinausgeht und Leute für seinen Weinberg aufnimmt. Am Abend zahlt er allen den gleichen Lohn: Einen Denar! Ein Denar ist jene Summe, die eine Familie zur damaligen Zeit für einen Tag zum Leben benötigte. In dieser Tradition steht die Soziallehre der katholischen Kirche.

So fordert Johannes Paul II. in Laborem exercens (1981) „das gerechte Entgelt für die geleistete Arbeit“, betont allerdings, „die gerechte Entlohnung eines Erwachsenen, der Verantwortung für eine Familie trägt, muss dafür ausreichen, eine Familie zu gründen, angemessen zu unterhalten und für die Zukunft zu sichern.“ (LE 11) Das kann durch einen guten Lohn passieren oder durch staatliche Zahlungen. Dies wäre auch gut für die „Sylvias“ dieser Welt.

Hingehen in die Arbeitswelt

Ausbildungskurs für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt

Einen zweijährigen berufsbegleitenden „Ausbildungskurs für Seelsorge & christliches Engagement in der Arbeitswelt“ startet der Cardijn-Verein in Kooperation mit der Katholischen Arbeitnehmer:innen-Bewegung Österreich und der Betriebsseelsorge Österreich im kommenden November. **KARL IMMERVOLL**, Mitinitiator des Kurses und Bundesseelsorger des Kurses und Geistlicher Assistent der KABÖ, über Ziele und Hintergrund der Bildungsinitiative.

Trotz Rerum Novarum war das Verhältnis zwischen Kirche und Arbeitswelt kein „Liebesverhältnis“. Das hat sich bis heute nicht wesentlich verändert. Betriebsseelsorger:innen und Aktive in der KAB gehen mitunter eben in die Betriebe, so wie es vor ihnen schon die Arbeiterpriester und die „kleinen Schwestern und Brüder“ getan haben. Wenn ein Betrieb eine Seele hat, dann sind das die Menschen, die dort tätig sind. Was aber, wenn dort immer weniger Menschen arbeiten, ausgelagert in die Selbständigkeit, an Heimarbeitsplätze oder gar ausgeschlossen sind? Gemäß der Enzyklika Laborem Exercens (1981) ist Arbeit der Dreh- und Angelpunkt unserer (arbeitsorientierten) Gesellschaft: Arbeit haben oder nicht, wenn ja, zu welchen Bedingungen? Wie bezahlt, zu welchen Zeiten, wo, ...?

Arbeit ist der Angelpunkt für die Soziale Frage

Erwerbsarbeit bestimmt unser Leben von Geburt bis zum Tod, stellt die Rahmenbedingungen für die Kindheit und bestimmt den Pensionsbezug. Arbeit, vom Erwerb bis zum Ehrenamt, von der Hausarbeit bis zur Pflege durchwirkt unsere Gesellschaft. Sie sollte Grund-

lage für ein gutes Zusammenleben sein. Gleichzeitig gibt es eine stetig wachsende soziale Schieflage. Franziskus warnt uns vor einer Wirtschaft, die tötet und fordert uns auf hinauszugehen (Evangelii Gaudium). Dokumente der Katholischen Soziallehre bis hin zu den synodalen Vorgängen in Österreich nach dem Konzil und dem Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe von 1990 („Es braucht eine neue Begegnung zwischen Kirche und Welt der Arbeit“) - betonen die Bedeutung einer Pastoral in der Arbeitswelt. Die Praxis steht dem weit hinten nach und es gibt auch keine entsprechende Ausbildung, die dazu befähigen würde.

Hingehen - Ausbildung für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt

Das hat uns veranlasst, eine fundierte Ausbildung anzubieten. Eingeladen sind Frauen und Männer, die sich in dieses kirchliche Arbeitsfeld begeben. Berufsbegleitend über zwei Jahre soll der Kurs Werkzeuge und Kenntnisse für Begegnungen in der Welt der Arbeit vermitteln, immer in klarer Option für die Benachteiligten. Dazu gehört das Wissen über Entwicklungen in

der Gesellschaft und die Auswirkung auf Menschen. Wir entwickeln gemeinsam eine heutige Theologie der Arbeit und deren Anwendung im pastoralen Handeln.



Ein Aspekt der Befreiung heute ist Partizipation, die Möglichkeit der aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, was aber immer mehr Menschen verwehrt wird. Der Verzicht auf sie und ihre Fähigkeiten ist eine Ungerechtigkeit, die schreit. Ihnen Stimme und die Möglichkeiten zur Veränderung zu geben um gutes Leben für alle zu ermöglichen ist ein wichtiges pastorales Anliegen.

KONTAKT UND INFORMATION ÜBER INHALTE UND TERMINE:

<https://www.cardijnverein.org>

Karl A. Immervoll: karl.immervoll@wnnet.at, 0681 20847055

Cornelia Kienberger: cornelia.kienberger@dioezese-linz.at

Stefan Robbrecht-Roller: stefan.robbrecht-roller@dioezese-linz.at

Karl Immervoll über den Kurs „hingehen“: „Wir entwickeln gemeinsam eine heutige Theologie der Arbeit und deren Anwendung im pastoralen Handeln.“ **FOTO:** KAB ST. PÖLTEN



Solidaritätspreis der Diözese Linz für Anna Wall-Strasser

KABÖ-Vorsitzende gewürdigt als „ausgezeichnete Ermutigerin und Ermöglicherin“

Anna Wall-Strasser, Bundesvorsitzende der KABÖ, wurde am 16. Mai im Linzer Landhaus mit dem Solidaritätspreis der Diözese Linz ausgezeichnet. Die Theologin Mag.a Anna Wall-Strasser, Jahrgang 1958, war bis 2018 mit Überzeugung in verschiedenen Funktionen in der Arbeitnehmer:innenpastoral der Diözese Linz beschäftigt. Doch ihr Engagement im Dienst der Menschen ging und geht weit über das Berufliche hinaus. Seit Jahrzehnten engagiert sie sich zivilgesellschaftlich für Verteilungs- und Chancengerechtigkeit, im sozial- und frauenpolitischen Bereich und für eine weite, offene Kirche und leistet kontinuierliche Arbeit in verschiedenen Funktionen, Vereinen und Netzwerken. Als Vorstandsmitglied im Mauthausen-Komitee Gallneukirchen ist Anna Wall-Strasser in der aktivierenden Erinnerungs- und Gedenkkultur in der Region tätig.

Gabriele Kienesberger (l.) und Elisabeth Zarzer (r.) feiern die Preisträgerin Anna Wall-Strasser **FOTOS:** KABÖ, SHUTTERSTOCK, PIXABAY

Liebe Anna, Professionalität und Einfühlungsvermögen sind Deine großen Stärken, die so vieles gelingen lassen, was Du anpackst. Es ist schön, dich mit dem Solidaritätspreis ausgezeichnet zu wissen, denn solidarisch handeln, solidarisch Fürsprache zu halten für benachteiligte Menschen und Pochen auf gerechte Verteilung der Güter unserer Welt leiten Dein Tun, Denken und Glauben!
Gabriele Kienesberger



Bruno Kreisky-Preis für Martin Hochegger

KAB Steiermark-Vorsitzender ausgezeichnet für „Verdienste um die Menschenrechte“

Martin Hochegger, der Vorsitzende der KAB Steiermark, erhielt am 23. Juni 2022 den Bruno Kreisky Preis für Verdienste um die Menschenrechte. Er hat sich jahrzehntelang für die Rechte benachteiligter Bevölkerungsgruppen eingesetzt. Einige Beispiele seines Engagements: er ist Gründungsmitglied des Grazer Büros für „Frieden und Entwicklung“, langjähriger Obmann des Vereines ZEBRA mit dem Aufbau einer Begleitschiene für traumatisierte Kriegsgeflüchtete, Aufdecker der Misshandlungen von Kindern mit Behinderung in der steirischen Psychiatrie, Reformier in Leitungsfunktion in einer Einrichtung für Kinder mit Behinderungen nach tiefgreifenden Traumatisierungen durch exzessive Gewalterfahrungen und sexuellen Missbrauch. Derzeit gehört seine gesamte Aufmerksamkeit der gesicherten Unterbringung, Bildung und Betreuung von Kindern mit Albinismus in inklusiv geführten Schulen in Tansania, um sie vor grausamer Verletzung oder Tod zu schützen. Das gesamte Engagement von Martin Hochegger ist getragen von der tiefen Überzeugung, dass jeder Mensch auf dieser Erde als Ebenbild Gottes unverbrüchliche Würde und Rechte hat, und daher Achtung und im Falle der Gefährdung Schutz verdient.

Es ist schön, Dich mit dem Solidaritätspreis ausgezeichnet zu Menschenrechtspreis und gratulieren sehr herzlich!
Anna Wall-Strasser



Martin Hocheggers Fokus derzeit: Die Inklusion von Kindern mit Albinismus in Tansania. **FOTO:** PRIVAT



Jobchancen für Jugendliche schaffen

„Hands on“: Mentoring als Chance für junge Menschen auf Arbeitssuche

Der Verein „Hands on Mentoring“, getragen u.a. von der Katholischen Aktion und der KAB der Erzdiözese Wien, unterstützt arbeitssuchende Jugendliche und junge Erwachsene in Zusammenarbeit mit Mentor:innen aus der Wirtschaft.

Rund 60 Mentor:innen aus dem oberen und mittleren Management betreuen bei „Hands On“ jeweils einen jungen Erwachsenen individuell, 90 Minuten pro Woche und im Durchschnitt acht Monate lang. „Die meisten Mentees sind zwischen 18 und 22 Jahre alt, wobei wir auch Jugendliche ab 14 und Erwachsene bis 25 haben, die eine schwierige Phase durchmachen. Diese intensive 1:1 Betreuung schafft staatliche Arbeitslosenunterstützung nicht“, sagt Eva Rosewich, Geschäftsführerin und Koordinatorin des Projekts und selbst Sozialpädagogin.



„Hands on Mentoring“ bei den Austrian SDG Awards ausgezeichnet

Das u.a. von der KA der Erzdiözese Wien getragene Projekt „Hands on Mentoring“ hat in der Kategorie „Initiativen von und für Jugend“ den vierten Platz beim diesjährigen SDG-Award gewonnen. Der SDG-Award (die SDGs sind die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen) wird jährlich vom Ethik-Beirat des Senats der Wirtschaft vergeben. „Die Auszeichnung mit dem SDG Award ist eine große Ehre für das Projekt Hands on, für unsere ehrenamtlich arbeitenden Mentor:innen und öffentliche Anerkennung unserer Arbeit für und mit jungen Menschen“ so die Geschäftsführerin des Projektes Eva Rosewich. Im Bild v.l.n.r.: Mentorin Annika Gelosky und Eva Rosewich

FOTO: KATHARINA SPÖRK

Gerade Lehrlinge haben das Gefühl, dass etwa die Lockdowns am Anfang der Covid-Pandemie negative Auswirkungen auf ihre Ausbildung sowie auf zukünftige Jobaussichten hatten. Wie soll etwa ein Koch kochen lernen, wenn Restaurants geschlossen sind? Zudem wurden in der Corona-Krise Ausbildungsplätze gestrichen und Stellenangebote zurückgezogen.

Mentor:innen reichen Jugendlichen die Hand

Auf individueller Ebene sind Jugendcoaching und Mentoring geeignete Möglichkeiten, die wirtschaftlichen und teilweise auch psychischen Folgen für Jugendliche abzufedern. Hier wird die Hand nach allen Jugendlichen unter 18 Jahren ausgestreckt, die nicht in einer Ausbildung sind. Es geht speziell um ausgrenzungsgefährdete junge Menschen, solche mit psychischen oder körperlichen Behinderungen oder mit Migrationshintergrund. Oft braucht es nur einen kompetenten Menschen, der sich kümmert und interessiert.

Lange Unterbrechungen – geringeres Einkommen

Unter Ökonom:innen herrschte bereits während der Finanzkrise 2008 Einigkeit darüber, dass sich gerade bei unter 25-Jährigen lange Unterbrechungen der Erwerbsbiografien dauerhaft negativ auf Einkommen und Jobchancen auswirkten. Arbeitsminister Martin Kocher nennt junge Menschen als Zielgruppe für Maßnahmen einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Es sei wichtig, Potenziale zu fördern und alles daran zu setzen, Jugendliche aus allen Bildungsschichten abzuholen. Verbessert werden könne Jugendcoaching, laut Kocher, in einigen Teilbereichen, etwa



Erfolgreich mit „Hands on Mentoring“ unterwegs: Bernadette Krassay und Basil Ali **FOTO:** CLEMENS FABRY

durch praxismäßigere Unterstützung, effizientere Schnittstellen zwischen Arbeits- und Sozialministerium und weniger Verwaltungsaufwand. In einzelnen Bundesländern wird darüber nachgedacht, Über-18-Jährige in diverse Programme hinein zu nehmen.

Wie wirkt Mentoring?

Teilnehmer:innen werden auf ihrem Ausbildungsweg durch Beratung begleitet, motiviert und gefördert. Wichtigstes Ziel ist es, passende Lehrstellen zu finden, Ausbildungsabbrüche zu verhindern und Jugendliche dabei zu unterstützen, Ausbildungen abzuschließen.

2019 gründete Hands on Mentoring gemeinsam mit Volkshilfe, WKO, Big Brothers - Big Sisters, Sindbad Mentoring und Springboard das Wiener Mentoring Netzwerk. Dieses setzt sich für bessere Unterstützung der Mentoring-Projekte seitens der Politik ein.

Gabriele Kienesberger/Eva Rosewich

WEITERE INFOS

www.hands-on.wien

Brot und Rosen – eine andere Welt ist möglich

Studientag und Vorstands-Neuwahl der KAB Steiermark am „Tag der Erwerbsarbeitslosigkeit“

„Wenn wir zusammen gehen, kommt mit uns ein besserer Tag. Die Frauen, die sich wehren, wehren aller Menschen Plag. Zu Ende sei: Dass kleine Leute schufteten für die Großen. Her mit dem ganzen Leben: Brot und Rosen.“ Dieses Lied aus 1912, erstmals gesungen von streikenden Arbeiterinnen in den Textilfabriken von Massachusetts, führte in den Studientag der steirischen Arbeitnehmer:innenbewegung ein und diente gleichsam als Motto der Veranstaltung in der Otto Möbes Akademie am 30. April, dem internationalen Tag der „Erwerbsarbeitslosigkeit“.

Im Zentrum der inhaltlichen Arbeit beim Studientag stand die Rückbesinnung auf die wesentlichen Werte der katholischen Soziallehre. Als Grundlage diente dazu das sehr interessante und aussagekräftige Referat von Andreas Exner, Ökologe und Politikwissenschaftler von der Universität Graz, zum Thema „Die Ökonomien der Gabe und die katholische Soziallehre“. Dabei gab er einen sehr spannenden Überblick über die Genese der katholischen Soziallehre und deren Einbettung in diverse Enzykliken, beginnend

von Papst Leo XIII. mit *Rerum novarum* bis zu Papst Franziskus mit *Laudato si'*. Dabei wurde die gesellschaftspolitische Sprengkraft dieser Texte den Teilnehmer:innen des Studientages sehr deutlich vor Augen geführt.

Andreas Exner wies in seinem Referat ganz deutlich darauf hin, dass sich wirtschaftliches Handeln an den Bedürfnissen der Menschen orientieren muss und er forderte gleichzeitig eine Abkehr von der rein neoliberal orientierten Profit- und Ausbeutungslogik.

Danach wurde die Neuwahl des Vor-



standes der KAB abgewickelt. Dem neu gewählten Vorstand gehören Martin Hochegger als Vorsitzender, Karin Liebenwein und Hannes Labner als seine Stellvertreter:innen, sowie Ursula Derbuch, Andreas Gjecaj, Arno Niesner, Jürgen Hans Sittlinger und Koordinator Franz Windisch an. Als Theologische Begleiterin wird weiterhin Anna Maria Steiner fungieren. *Martin Hochegger*

Foto oben: Andreas Exner referierte beim Studientag der KAB Steiermark über die „Ökonomien der Gabe“

FOTO: JOHANNES LABNER

Foto links: Neuwahl des Vorstands der KAB Steiermark am „Tag der Erwerbsarbeitslosigkeit“, dem 30. April 2022 - v.l.n.r.: Jürgen Hans Sittlinger, Ursula Derbuch, Arno Niesner, Anna Maria Steiner, Andreas Gjecaj, Johannes Labner, Martin Hochegger

FOTO: KAB

Hannes Labner mit dem Goldenen Ehrenzeichen der KAB ausgezeichnet

KA-Vorsitzende Anna Hollwöger würdigte langjährigen KAB-Vorsitzenden

Im Rahmen des Studientages der KAB Steiermark am 30. April 2022 wurde Hannes Labner, ehemaliger Pressesprecher von Bischof Johann Weber und langjähriger Vorsitzender der KAB Steiermark, mit dem „Goldenen Ehrenzeichen“ der KAB ausgezeichnet. In Ihrer Laudatio würdigte Anna Hollwöger, Generalsekretärin der Katholischen Aktion Steiermark, seinen Einsatz und seine Verdienste rund um die KAB. *Martin Hochegger*

„Goldenes Ehrenzeichen“ der KAB für dessen langjährigen Vorsitzenden Hannes Labner

FOTO: KAB



Damit die Geschichte nicht verloren geht

KAB organisiert „Schreibwerkstätte“

Die Katholische Arbeitnehmer:innenbewegung Österreich feierte letztes Jahr ihr 70-jähriges Bestehen. Ein langer Zeitraum mit viel beeindruckender Geschichte. Viele der jetzt älteren Mitglieder der steirischen KAB haben ihren christlichen Glauben am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft mit großer Leidenschaft und Überzeugung gelebt. Ausgehend von einer Mitgliedschaft in der KAJ und dann später als KABler:innen. Großes wurde geleistet, aber auch manch Sanftes, Leises oder auch Lustiges oder Trauriges. Wir wollen diese Geschichten sichtbar machen, den Wert für die Zukunft weitergeben, ein Stück Biographiearbeit leisten.

Wir haben daher eine KAB-Schreibwerkstätte eingerichtet. Unter der Führung und Anleitung von Elisabeth Jursa, der stellvertretenden Vorsitzenden der steirischen Autor:innenvereinigung und erfahrene Schreibwerkstättenbegleiterin, wird eine Gruppe von KAB-Senior:innen ihre Erinnerungen aufschreiben. Diese werden dann im Advent 2022 im Rahmen einer Lesung vorgestellt werden. Es soll auch eine Publikation dazu herausgegeben werden. *Martin Hochegger*

Wortgottesdienst der KAB Gösting am Tag der Arbeit

Predigt zum Primat des Gemeinwohls als Garant des „Guten Lebens für alle“

Wie schon zur Tradition geworden, gestalteten Mitglieder der KAB aus verschiedenen Grazer Pfarren, in der Pfarrkirche

Gösting einen gut besuchten und sehr besinnlichen Wortgottesdienst zum „Tag der Arbeit“ am 1. Mai 2022. Musikalisch unterstützt vom Neo-Vorstandsmitglied der steirischen KAB, Andres Gjecaj, lag der Fokus der Predigt von Fritz Hager, dem ehemaligen KAB-Vorsitzenden, auf dem Primat des Gemeinwohls als Zweck jedweden wirtschaftlichen Handelns. Nicht der Profit und das Konkurrenzdenken solle die Arbeitswelt bestimmen, sondern die Orientierung auf das Gemeinwohl, auf das „Gute Leben für alle“.

Martin Hochegger

Hauptakteur:innen des Wortgottesdienstes (v.l.n.r.): Andreas Gjecaj, Fritz Hager, Margret Pittner und Michaela Penz *FOTO: KAB*



BUCH-TIPP



Magdalena Holztrattner
Einfach gut führen

Tyrolia 2022,
Taschenbuch,
192 Seiten,
ISBN 987-3-7022-4017-2
Preis: € 19,95

Führungskräfte sind weithin einem großen Erwartungsdruck ausgesetzt. Sowohl die eigenen als auch die fremden Ansprüche sind teilweise zu hoch und auch unrealistisch. Dieses Buch richtet sich an die untere und mittlere Führungsebene, an Personen, die z. B. eine Pflegestation, Supermarktfiliale oder eine Abteilung mit mehreren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leiten bzw. an jene, die eine solche Aufgabe übernehmen möchten aber im Zweifel sind, ob sie sich diese Verantwortung zutrauen. Die Autorin, die sich seit vielen Jahren praktisch und theoretisch mit Aufgaben und Herausforderungen von Führungskräften auseinandersetzt, gibt tiefgreifende Überlegungen, konkrete Anleitungen und Reflexionsfragen zu den Themen „sich selbst führen“, „Menschen führen“ und „Organisationen führen“, macht ihr eigenes, in der katholischen Soziallehre verankertes Ziel deutlich, dass der Mensch im Zentrum von Führung steht. Sie ermutigt vor allem Frauen, Führungspositionen zu bekleiden.

Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:

Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben

per Post:

senden Sie Name und Bezugsadresse an:
ZeitZeichen, KABÖ,
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

oder per E-Mail:

kab.office@kaoe.at



Franziska Schutzbach
**Die Erschöpfung der Frauen.
Wider die weibliche
Verfügbarkeit**

Verlag Droemer-Knauer, 2021,
304 Seiten,
ISBN 978-3-426-27858-1
Preis: € 20,95

In unserer Gesellschaft wird Weiblichkeit gleichgesetzt mit Fürsorglichkeit. Frauen sind, ob in der Familie, in Beziehungen oder im Beruf, zuständig für emotionale Zuwendung, für Harmonie, Trost und Beziehungsarbeit – für Tätigkeiten also, die unsichtbar sind und kaum Anerkennung oder Bezahlung erfahren. Sie „schulden“ anderen – der Familie, den Männern, der Öffentlichkeit, dem Arbeitsplatz – ihre Aufmerksamkeit, ihre Liebe, ihre Zuwendung, ihre Attraktivität, ihre Zeit. Und kämpfen jeden Tag gegen emotionale und sexuelle Verfügbarkeitsersparungen.

Es sind diese allgegenwärtigen Ansprüche, die Frauen in die Erschöpfung treiben. Denn – deklariert als „weibliche Natur“ – ist die geleistete Sorgearbeit meist wenig anerkannt und bleibt unsichtbar. Sie gilt ökonomisch als irrelevant und ist gerade deshalb ausbeutbar.

Die Geschlechterforscherin Franziska Schutzbach wendet sich gegen ein misogynen System, das von Frauen alles erwartet und nichts zurückgibt. Und sie zeigt, welchen vielfältigen Widerstand Frauen gegen die Ausbeutung ihrer Energie, ihrer Psyche und ihrer Körper leisten. Ein Widerstand, der zu einer treibenden Kraft für neue Arbeits- und Lebensweisen wird und die Welt verändert.